



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Im danebenliegenden Zimmer saß Ratt und arbeitete an dem Entwurf zu einem Arbeitskontrakt, den er Bögedal versprochen hatte, und der ein einziges Grundstück des großen Markdannerschen Karrees betraf; es war von Herrn cand. jur. Rattrup für ein katholisches Konsortium erworben worden.

Der Kammerherr und sein Sekretär genossen am Abend noch eine kleine Erfrischung auf Nimbs Terrasse im Tivoli. Der Kammerherr war bei guter Laune.

Um hm, sagte er zu seinem Faktotum, Johansen, glauben Sie an platonische Ehen?

Herr Kammerherr, erwiderte der Sekretär, was das betrifft, so kann ich nur mit einem Worte des Papstes Sixtus des Fünften über eine schwärmerische Sekte wiederholen: Non si chiava in questa religione, non durera; dieses hat Seine Hochwohlgeboren der Baron Golberg sehr herrlich folgendermaßen übersetzt: In diesem Sekt ist alle Lust des Fleisches enthalten, und daher kann er nicht von langer Dauer sein!

Der Kammerherr lachte. Aber weder er noch sein Sekretär sprachen irgendwo von der Hochzeit Ratts, und so blieb diese Begebenheit allen verborgen: den Glücklichen auf Trudstrup, Ihrer Gnaden, Seiner Exzellenz und dem ganzen Steinfeldschen Hause.

So hatte es Ratt gewünscht, und so wurde es.

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel.

Berlin, 8. März 1908

(Der nahe Orient und die europäische Politik. Die innere Lage. Sozialpolitik im Reichstage. Der Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth.)

Schnell wird jetzt das Rad der Weltgeschichte herumgeworfen. Die orientalische Frage, die solange Zeit hindurch die große Politik beherrscht hatte, schien eines Tages gänzlich in die Rumpelkammer verwiesen zu sein, als Rußland, wie man annehmen mußte, seine ganze Kraft auf die Befestigung seiner Stellung im fernen Osten verwandte. Die Völker im Balkan kümmerten sich freilich wenig darum. Hier lebte die alte Feindschaft der Nationalitäten ungestört fort, und die Mißwirtschaft des türkischen Verwaltungssystems gab den willkommenen Vorwand, unter dem Scheine gerechter Empörung gegen harten Druck alle zügellosen Leidenschaften des Nationalhasses und der Raubgier walten zu lassen. Und als die Lage nun glücklich wieder so weit gediehen war, daß das Einschreiten des „europäischen Konzerts“ bevorzustehen schien, erfolgte im Oktober 1903 jene bekannte Verständigung zwischen Osterreich-Ungarn und Rußland, die als das Würzsteiger Programm bekannt geworden ist. Wenn die beiden Ostmächte, die so oft als Rivalen in den Balkanfragen aufgetreten waren und ihre Bestrebungen gegenseitig durchkreuzt hatten, jetzt Hand in Hand marschierten und die Frage der mazedonischen Reform gemeinsam auf einer vereinbarten Grundlage gegenüber der türkischen Regierung zu vertreten entschlossen waren, dann schien in der Tat die Lösung nahe. Da Deutschland den Ostmächten eine feste Rückendeckung gewährte und zugleich einen Einfluß auf die Pforte hatte, der im Sinne des Würzsteiger Programms nur günstig wirken konnte, da ferner Frankreich auf Rußland, Italien auf Osterreich-Ungarn

Rücksicht zu nehmen hatte, England aber einen isolierten Druck auf die Ostmächte im nahen Orient unmöglich für ratsam halten konnte, so war alles in bester Ordnung, wenn nur die Türkei sich wirklich bestimmen ließ, die notwendigen Reformen schnell und ehrlich durchzuführen. Aber die orientalische Staatskunst denkt anders über solche Sachen. Sie will nichts überstürzen. Sie wappnet sich mit Geduld und fordert Geduld, weil niemand wissen kann, was Allah in seinem Räte beschlossen hat, und wie die Dinge morgen aussehen. Und mit dieser Ergebenheit in das, was kommen muß, verbindet sie eine feine Bitterung. Sie hatte mit scharfem Blick erkannt, daß das Schema des Dreibunds und Zweibunds, das die europäische Politik immer noch zu beherrschen schien, für die Verhältnisse des nahen Orients nicht paßte, daß sich vielmehr mit dem Augenblick, wo die Bestrebungen der Balkanvölker die Politik der Großmächte wieder in Mitleidenschaft zogen, die alte Scheidung der Ost- und Westmächte vollzog. Die Abkühlung Frankreichs gegen Rußland ging zwar nicht so weit, daß es den Verbündeten von Kronstadt und Toulon fallen lassen wollte, solange das Verhältnis zu Deutschland das alte blieb, aber vorhanden war diese Abkühlung sicherlich, soweit die Empfindlichkeit der Franzosen wegen ihrer behaupteten Rolle als lateinische Vormacht im Orient gegenüber den Präntensionen Rußlands, des Beschützers der griechisch-orthodoxen Christen, in Frage kam. Und ebenso war für Italien das Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn bei seinen Bestrebungen, seine Interessensphäre über die Adria hinaus zu erweitern und an den Balkanfragen tätigen Anteil zu nehmen, eher ein Hindernis als eine Förderung. Auch in Italien mußte also die Neigung überwiegen, sich in der Orientpolitik an Frankreich anzulehnen. Nimmt man hinzu, daß England eben damals stärkere Garantien für seine Mittelmeerstellung suchte und deshalb den Wünschen Frankreichs nach einer grundsätzlichen Annäherung entgegenkam, so erklärt sich die neue Gruppierung der Mächte in der Orientfrage zu Genüge. Aber noch war das Übergewicht bei den Ostmächten, und das Interesse der Weltpolitik war mehr auf Ostasien als auf Konstantinopel gerichtet.

Da kam der russisch-japanische Krieg, dessen Ergebnisse und Folgen das Ansehen und die Aktionsfreiheit Rußlands in einem vorher wohl nur von wenigen geahnten Umfange erschütterten. Das wirkte zurück auf die Verhältnisse im nahen Orient. Nachdem Rußland das Spiel in Ostasien so gründlich verloren hatte, stand auch sein Prestige gegenüber der Türkei auf dem Spiel, und das mußte die gereizte und revolutionäre Stimmung im russischen Volke ebenso verschärfen, wie es die Autorität Rußlands bei seinen eignen mohammedanischen Untertanen erschütterte. Die russische Regierung war daher wohl oder übel genötigt, ihrem Einfluß auf der Balkanhalbinsel besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Seitdem ist bekanntlich noch eine andre Wendung von Bedeutung eingetreten, nämlich die Verständigung mit England über die asiatische Politik, wodurch Rußland gewissermaßen noch mehr als früher die Hände für seine Balkanpolitik frei bekommt.

Inzwischen ist jedoch auch das Donauraich aus seiner Passivität in auswärtigen Interessenfragen herausgetreten. Der jetzige Vetter der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik, Freiherr von Aehrenthal, hat durch einen entschloßnen Schritt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Reichs in Angriff genommen, indem er die direkte Eisenbahnverbindung zwischen Saloniki und den bosnischen Bahnen durch den Bau des bisher noch fehlenden Zwischenstücks sowie die Verbindung zwischen Bosnien einerseits und Griechenland und Montenegro andererseits vorgeschlagen und vorbereitet hat. Die Eröffnung dieser neuen Verkehrswege bedeutet ein wirtschaftliches Lebensinteresse für Österreich-Ungarn, woran auch Deutschland einen gewissen Anteil hat. Deutschland kann sich allerdings nicht direkt auf der

Balkanhalbinsel an solchen Unternehmungen beteiligen; aber es kann dem Bundesgenossen mit Zug und Recht eine weitgehende moralische Unterstützung zuteil werden lassen.

Es entstand nun die Frage, wie sich Rußland bei der seit den Märzsteiger Besprechungen veränderten Lage mit dieser Angelegenheit abfinden werde. Es ist bezeichnend, daß die panslawistische Presse die Gelegenheit gekommen glaubte, die Aufmerksamkeit des russischen Volks von den innern Fragen abzulenken und die alten volkstümlichen Lieblingsgedanken der russischen Balkanpolitik wieder aus der Kumpellammer hervorzuholen. Die Blätter begannen sich zu entrüsten über das Vorgehen Osterreich-Ungarns und den Plan der Sandschakbahn, und man stellte sofort den Gegenplan einer andern Bahnverbindung auf, die von Bulgarien aus die russische Interessensphäre auf der Balkanhalbinsel direkt mit dem Adriatischen Meere verbinden und die Sandschakbahn in Üsküb kreuzen sollte. Auch ein gelindes Säbelrasseln gegen die Türkei war zu spüren, freilich zunächst in der vorläufigen Form der Warnung vor angeblichen Rüstungen der Pforte gegen Rußland. Man benutzte dazu als Anlaß die militärischen Vorkehrungen, die von der Türkei in Kurdistan und Türkisch-Armenien infolge der Grenzkonflikte mit Persien getroffen worden waren, und die in dem benachbarten russischen Transkaukasien in der dort landesüblichen Weise durch wilde Gerüchte übertrieben wurden. Die russische Regierung ließ sich jedoch durch diese Preßtreiberereien nicht aus der Bahn werfen. Sie ließ allerdings merken, daß sie durch das österreichische Vorgehen unangenehm berührt sei und die Auffassungen Lehrenthals nicht ohne weiteres teile. Indem sie aber der volkstümlichen Auffassung so weit Rechnung trug, gab sie zugleich deutlich zu verstehen, daß die Grundlage des Märzsteiger Programms nicht verlassen werden solle. Wenn die panslawistische Presse außerdem ziemlich unvorsichtig auch gegen Deutschland gehetzt und gemeint hatte, daß Osterreich-Ungarn mit seiner neuen Balkanpolitik der Schrittmacher deutscher Interessen sei, so mußte dieser Hinweis erst recht die Wirkung haben, der offiziellen Leitung der russischen Politik die Folgen einer unüberlegten Abweichung von den Bahnen maßvoller Beständigkeit mit Osterreich-Ungarn zum Bewußtsein zu bringen. Das Ergebnis ist also, daß Rußland nicht daran denkt, eine Krisis auf der Balkanhalbinsel heraufzubeschwören, und daß es nicht gesonnen ist, sich in der Wahrung der für seine Machtstellung allerdings entscheidenden Stellung im nahen Orient zu Unvorsichtigkeiten hinreißen zu lassen.

Das ist für die Haltung der andern Mächte und somit für die ganze europäische Politik von großer Wichtigkeit. Der erste Anschein, als ob Rußland scharf gegen Osterreich-Ungarn Stellung nehmen werde, veranlaßte auch sogleich in Frankreich ungünstige Beurteilungen der Politik Lehrenthals, hinter der man Deutschlands Mitwirkung vermutete. Merkwürdiger war die Entschiedenheit, mit der die offizielle englische Politik zu verstehen gab, daß sie den österreichischen Projekten nicht günstig gesinnt war. Es schien, als ob sich Sir Edward Grey die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollte, die seltsame Fügung zu betonen, daß sich die Solidarität der Westmächte, insbesondere Frankreichs und Englands, mit den Konsequenzen der Politik deckte, die zu dem russisch-englischen Abkommen geführt hatte. Das mußte in Osterreich-Ungarn um so unangenehmer berühren, als die englische Politik sonst immer freundschaftliche Berührungen mit den Interessen des Donaurauchs gesucht hatte und namentlich König Eduard selbst in persönlichen Zusammenkünften mit Kaiser Franz Joseph und in Besprechungen mit österreichischen Staatsmännern stets in der gleichen Richtung bemüht gewesen war. Doch zeigte sich bald, daß die Mißstimmung des Londoner Kabinetts über die Politik Lehrenthals, als deren Folge

man vielleicht auch dort eine Stärkung deutschen Einflusses und deutscher Verkehrsunternehmungen auf türkischem Gebiete fürchtete, nicht allzuernst zu nehmen war. Denn die Meinungen in England über diese Fragen waren sehr geteilt. Auf der einen Seite mußte mit dem leidenschaftlichen Interesse der liberalen Kreise für die mazedonischen Reformen gerechnet werden. In Deutschland macht man sich in der Regel eine falsche Vorstellung von dieser Eigentümlichkeit der englischen Denkweise. Weil die englische Politik meist rücksichtslos, nicht selten brutal in der Verfolgung ihrer Interessen ist, unterschätzt man bei uns leicht die Wirkungen des sentiment an der englischen Volksseele, das mitunter in überraschender Stärke und Leidenschaft gerade da hervorbricht, wo man eigentlich nicht das geringste Interesse vermuten sollte. Der englische Liberalismus zu Gladstones Zeit war russenfreundlich, weil er von Rußlands Vorgehen Erfolge für die Lage der christlichen Balkanvölker erwartete. Mit diesem leidenschaftlichen Interesse der Liberalen Englands für die Reformen in Mazedonien muß auch das heutige liberale Kabinett noch rechnen; Stimmungen dieser Art mögen auch heute noch aus Tradition in eine Hinneigung zu Rußland ausmünden. Aber eine sichere Unterlage für eine unvorsichtige Parteinahme für Rußland gegen Österreich-Ungarn bilden diese Stimmungen keineswegs. Deshalb hat Sir Edward Grey zwar den russenfreundlichen Regungen in England anfangs ein Zugeständnis gemacht, aber schwerlich wird er sie für so bedeutend halten, um sich darauf festlegen und zu weit treiben zu lassen. Nachdem sich nun gar herausgestellt hat, daß das Mürzsteiger Programm aufrecht erhalten bleibt, fällt jeder Grund weg, sich um der liberalen Traditionen willen gegen Österreich-Ungarn zu erhitzen.

Auf der andern Seite ist in der Stimmung des englischen Volks gegenüber dem englisch-russischen Abkommen ein gewisser Umschwung bemerkbar. Die konservative Opposition hat in dieser Frage Terrain gewonnen. Die Kritik findet an den Bestimmungen des Vertrags je länger je mehr allerlei auszusetzen und findet, daß der englische Einfluß in Persien in unberechtigter Weise zurückgedrängt worden sei, und daß das ganze Abkommen überhaupt England Rußland gegenüber viel zu sehr binde. Die alte Eifersucht der englischen Konservativen gegen die Bestrebungen Rußlands im Orient regt sich wieder stärker und zwingt die liberale Regierung zur Vorsicht. Baron Lehrenthal braucht also nicht zu befürchten, daß aus seiner Politik irgendeine Konstellation der Mächte entsteht, die zu einer unerwünschten Krisis führen könnte. Im Gegenteil möchten wir glauben, daß die kräftigere Initiative in der österreichisch-ungarischen Politik — wobei übrigens auch an die kluge Aussprache und direkte Verständigung mit Italien erinnert sein mag — einen günstigen Einfluß auf die europäische Lage ausüben wird. Das ist auch für uns ein Vorteil und ist um so mehr zu beachten, als die Verhältnisse in Marokko noch immer keine befriedigende Lösung gefunden haben, und deshalb die Besorgnis besteht, daß diese Frage noch einmal zu schlimmen Verwicklungen führt. Doch das muß einer spätern Besprechung vorbehalten bleiben.

Was unsere innern Verhältnisse betrifft, so bemüht sich die Presse zu einem großen Teil noch immer, nachzuweisen, daß die Lage für die Blockpolitik immer schlimmer wird. Das ist müßiges Gerede. Natürlich hat es jede Partei in der Hand, Schwierigkeiten für die Blockpolitik zu schaffen oder wegzuräumen, je nachdem sie mit bösem oder mit gutem Willen an die gesetzgeberischen Aufgaben herantritt. Theoretisch solche Schwierigkeiten herauszufinden und an der Hand dieser geistreichen Konstruktionen über den Gedanken der Blockpolitik zu schimpfen oder zu wickeln ist kein Kunststück; das kann zur Not auch der größte Idiot fertigbringen. In der Praxis fragt es sich nur, wie die Parteien die Verwirklichung ihrer Grund-

sätze und Ideale in der gegenwärtigen politischen Lage besser sichern, ob durch eigen sinnige Hervorkehrung der trennenden Momente oder durch verständiges Nachgeben in allen den Fragen, deren Eigenart darauf hinweist, daß eine positive Leistung notwendig zustande kommen muß, oder daß ein von rechts und links als gemeinschädlich erkannter Einfluß zurückgedrängt werden soll. Trotz allen Bedenken und Protesten in der dem Block abgeneigten Presse, trotz allen Intrigen des Zentrums und trotz den wütenden Angriffen der Sozialdemokratie haben die bisherigen Reichstagsverhandlungen nicht den Beweis der Undurchführbarkeit der Blockpolitik geliefert, sondern gerade das Gegenteil dargetan. Das einzige Störende ist bis jetzt die Agitation für die Reform des preußischen Wahlrechts gewesen. Man muß aber auch hier genau unterscheiden zwischen der Agitation, die die liberalen Parteien im Lande für eine ihrem Programm entsprechende Idee betreiben, und die auch der Gegner als berechtigt anerkennen muß, und den Verirrungen der Agitation, die aus der Wahlrechtsreform eine Bedingung der Blockpolitik machen wollen und das ablehnende Verhalten der preußischen Regierung als eine Anwendung des Fürsten Bülow von seiner eignen Idee darstellen.

Man hat die Befürchtung gehegt, die Blockpolitik werde durch die Ausschaltung des Zentrums aus der Reihe der Parteien, auf die die Regierung in nationalen Fragen rechnet, auf die Entwicklung der Sozialpolitik einen ungünstigen Einfluß ausüben. In Zentrumskreisen hat man besonders im letzten Sommer alle Mienen springen lassen, um den Rücktritt des Grafen Posadowsky in diesem Sinne zu deuten und auszubeuten. Die gegenwärtigen Beratungen im Reichstage zeigen, daß diese Besorgnis unbegründet war. Herr v. Bethmann-Hollweg geht denselben Weg, den Graf Posadowsky gegangen ist, und findet dabei dieselben Mitarbeiter. Daß in seinen Ausführungen eine andre persönliche Schattierung ist, ändert so gut wie nichts an der Sache. Man debattiert über diese Fragen genau so wie früher, und auch das Zentrum hat darin seine sachliche Haltung um nichts geändert. Soeben liegt die erste Beratung des sogenannten „kleinen Befähigungsnachweises“ hinter uns, jener Bestimmungen, die das Recht, Lehrlinge auszubilden, nur den geprüften Meistern zuerkennen. Diese Vorlage ist bekanntlich vom Grafen Posadowsky schon angekündigt und vertreten worden. Bemerkenswert war auch der Verlauf der Beratungen über die Gewerbeordnung, insbesondere die Bestimmungen über die Heimarbeit. Ohne irgendwie unter das Schema der Blockpolitik zu fallen, geben sie doch ein Beispiel, wie Fragen der praktischen Politik losgelöst von allen Parteitendenzen behandelt werden können. Friedrich Raumann ist in Angelegenheiten der allgemeinen Politik gewiß nicht nach jedermanns Geschmack, aber seine neuliche Rede über die Verhältnisse der Hausindustrie war ein kleines Meisterstück aus der Schule reichhaltiger praktischer Erfahrung und ebenso scharfer wie verständnisvoller und warmherziger Beobachtung der Wirklichkeit. Als solches wurde die Rede auch von dem Staatssekretär und manchem entschiednen Gegner gewürdigt.

Ein merkwürdiger Lärm hat sich neuerdings erhoben über einen Privatbrief des Kaisers an ein Mitglied des englischen Kabinetts, den Ersten Lord der Admiralität Lord Tweedmouth. Die Sache ist nach zwei Seiten hin interessant. Erstens zeigt es sich, wie leicht es heutzutage ist, die Öffentlichkeit um ein Nichts in Erregung zu versetzen, wenn nur mit der nötigen Dreistigkeit eine ganz gewöhnliche und harmlose Sache zu einem ganz unerhörten, nie dagewesenen Vorgang aufgebauscht wird. Daß ein regierender Herr mit hervorragenden Persönlichkeiten eines andern Landes gelegentlich in Briefwechsel tritt, ist etwas, woran bisher noch niemand Anstoß genommen hat. Seit Menschengedenken ist dergleichen etwas ganz Gewöhnliches,

wenn es vielleicht auch nicht immer in so ausgiebigem Maße geschehen ist wie zu jener Zeit, als der englische Hof bei Besuchen des Prince Consort keine Gelegenheit vorübergehn ließ, ohne über innere deutsche Angelegenheiten seine Meinung zu sagen. Der Kaiser hatte eine Äußerung des ihm persönlich bekannten Lord Escher erfahren, die ihm und der öffentlichen Meinung in Deutschland eine nicht zutreffende Stellung zu britischen Flottenfragen untersah. Er sprach sich in einem Privatbriefe an Lord Tweedmouth ganz unbefangen über jene Ansicht Lord Eschers aus, und das kam durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit. Darin eine Einmischung des Deutschen Kaisers in innere Angelegenheiten Englands zu sehen, ist ein Kunststück, zu dessen Vollbringung ein Maß von Gehässigkeit und nebenbei Dummheit gehört, wie es in der englischen Presse wohl nur bei der Times zu finden ist, wenn es sich um Hegereien gegen Deutschland handelt. Man kann das wohl um so unbefangener aussprechen, als es der Times von der anständigen Presse Englands selbst in den verschiedensten Variationen gesagt worden ist, und zwar hier und da so derb, wie es bei der sonst üblichen kollegialen Höflichkeit der englischen Blätter untereinander selten ist. Und das ist der zweite Punkt, der uns interessant erscheint. Die öffentliche Meinung Englands ist auf diesen plumpen Hegerversuch der Times, den sogar der Pariser Figaro beißend scharf verspottet, nicht hineingefallen, wenn auch die konservative Presse etwas knurrt und sich abwartend verhält. Das ist ein bemerkenswerter Umschwung, den wir nicht übersehen wollen.

### Koloniale Rundschau.

Berlin, 10. März 1908

Dernburgs Programm heißt in Wirklichkeit das Thema, um das sich diesmal die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags in der Hauptsache drehen. Der eigentliche Verhandlungsgegenstand, der Haushalt der Kolonien, tritt ganz in den Hintergrund und wird ohne viel Geschrei erledigt. Er bietet im Grunde genommen ja nicht viel Bemerkenswertes, wenn sich auch immerhin aus ihm die erfreuliche Tatsache ergibt, daß sich unsere Kolonien in aufsteigender Entwicklung befinden. Um so mehr fordert das Programm Dernburgs cruste Aufmerksamkeit. Bisher hat die Kolonialverwaltung ohne eigentliches „Programm“ gearbeitet. Dies brachte sicherlich viele Nachteile, aber auch mancherlei Vorteile. Geschickte und fähige Kolonialbeamte konnten dabei nach eigenem Programm in ihrem Wirkungskreis Ersprießliches leisten, und diesem Umstande verdanken wir es, daß sich die Kolonien trotz allen Hemmnissen politischer Art langsam, aber sicher entwickelt haben. Kein Programm ist eben schließlich besser als ein schlechtes. Ist nun das Dernburgsche Programm gut oder schlecht? Die Meinungen darüber sind sehr geteilt, und die Frage läßt sich nicht schlechtweg mit Ja oder Nein beantworten. Soviel ist sicher, daß Dernburg heute mehr Gegner als Anhänger hat, jedenfalls unter denen, die von kolonialen Angelegenheiten etwas verstehen. Kein Wunder, denn sein Programm verfolgt in seinen Hauptzügen das Gegenteil von dem, was man als das Ergebnis zwanzigjähriger kolonialer Praxis zu betrachten berechtigt ist: die Notwendigkeit einer kraftvollen Eingeborenenpolitik. Wir haben in Heft 9 unsern Standpunkt dargelegt, der durchaus dem der „alten Afrikaner“ und der kolonialen Praktiker entspricht. Es ist uns ganz begreiflich, daß eine Politik, die den Regier durch Bau von Eisenbahnen gewissermaßen zur Beteiligung an der Erschließung des Landes nur freundlichst einladen will, ohne Gewähr zu bieten, daß er dieser für uns teuern Einladung auch Folge leisten wird, eine Politik, die ängstlich davor warnt, im Reichstage nicht zu viel von Arbeitszwang zu sprechen, da dies die Herren Regier verschmupfen könnte, die dagegen

laut betont, daß wegen der 400.000 Krieger, die Ostafrika-Bevölkerung — notabene, wenn sie einig wäre — gegen uns aufstellen könnte, Reibungsflächen vermieden werden müssen — daß diese Politik bei unsern Kolonialpionieren, die erst die Grundlage zu einer ernsthaften Erschließungstätigkeit geschaffen haben, auf energischen Widerstand stoßen muß. Der Neger ist wirtschaftlich und politisch ein Kind und muß erzogen und gegängelt werden, nicht mit rohem Zwang, aber mit ruhigem Ernst. Es muß ihm beigebracht werden, daß er sich unter unsrer Herrschaft nützlich zu betätigen hat; daß dies zu seinem eignen Besten ist, wird er später einsehen. Das Gegenteil würde auf dasselbe hinauslaufen, wie wenn wir unsern Schuljungen anheimstellen wollten, ob sie arbeiten wollen oder nicht, und den Lehrern empfehlen würden, die Schüler ja vorsichtig zu behandeln, damit sie von diesen nicht verhaßt werden.

Das Dernburgsche Programm enthält sicherlich eine Reihe sehr guter Gedanken, namentlich der Zug sozialen Empfindens, der ihm zugrunde liegt, kann nur sympathisch berühren. Es sollte aber dem Staatssekretär doch zu denken geben, daß gerade die „alten Afrikaner“ anderer Ansicht sind als er, die drüben in ihrem Wirkungskreis am meisten erreicht haben und sich bei den Eingebornen großen Ansehens erfreuen, obwohl oder vielmehr weil sie diese mit Bestimmtheit zur Arbeit herangezogen haben, natürlich ohne sie schlecht zu behandeln oder auszubeuten. Selbstbewußtsein ist gewiß eine schöne Eigenschaft, sie darf aber nicht dazu verführen, alles, was nicht eigener Erfahrung entspringt, als unwesentlich beiseite zu schieben. Die kurze Afrikareise befähigt den Staatssekretär keineswegs, die Verhältnisse drüben mit Sicherheit zu beurteilen. Zu welchen Trugschlüssen man dabei gelangen kann, dürfte ihm die kleine Episode mit den von ihm wegen ihres Fleißes in den Himmel gehobnen Trägern gezeigt haben. Bekanntlich ist auf dieser Reise, die von Dernburg bestaunte Musterleistung, wie nachträglich festgestellt worden ist, nur dadurch erreicht worden, daß die Träger — an sich schon die besten, die zu haben waren — geprügelt wurden wie noch nie. Es würde dem Staatssekretär bei einer zweiten Reise in Ostafrika ohne „sanften Druck“ tatsächlich schwer fallen, Träger zu bekommen. Theorie und Praxis!

Der Dernburgsche Standpunkt stößt aber nicht nur in der Eingebornenfrage, sondern auch in der Fuderfrage und in der Bestiedlungsfrage auf lebhaften Widerspruch. In der Fuderfrage hat er ja ganz recht, wenn er der Ansicht ist, daß die Fuder nicht mit einem Federstriche ausgeschaltet werden können, denn sie erfüllen sicherlich eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, die Ausbreitung des Handels in frisch erschloßnen und wenig bevölkerten Gebieten. Was aber gefordert werden kann, ist eine schärfere handelsrechtliche Regelung des Fuderhandels und die Fernhaltung der Fuder aus Gebieten, in denen der Handel durch Europäer ausgiebig werden kann, ferner die Verhinderung der Einwanderung unbemittelter Elemente. Dies gilt übrigens nicht nur für die Fuder, sondern auch für Europäer. In dieser Beziehung können wir uns die Franzosen zum Vorbild nehmen, die irgendwelches Proletariat, sei es nun indisches oder europäisches, überhaupt nicht in ihre Kolonien hineinlassen. Die Furcht, wir könnten durch schärfere Kontrolle der indischen Einwanderung und des indischen Handels die Engländer vor den Kopf stoßen, ist in diesem Falle ganz unberechtigt, denn wir verlangen für ihn ja keine Sonderbehandlung, sondern nur dieselben Verpflichtungen wie für andre Kaufleute. Erfreulich wäre es freilich, wenn mit der Zeit teils der deutsche Kaufmann, teils der Eingeborne an die Stelle des Fuders treten würde, aber dies ist eine spätere Sorge.

Leichter als durch den Kleinhandel wird der Deutsche, wie die Verhältnisse heute liegen, als Kleinsiedler in manchen Gegenden Ostafrikas, vielleicht auch Kameruns, sein Fortkommen finden, wenn einmal in größerem Umfange Eisenbahnen das Land

durchziehen. Dernburg steht der Ansiedlungsfrage freilich skeptisch gegenüber, wohl mit Unrecht. Wenn wir auch noch nicht wissen, wie sich die bis jetzt vor-handnen Kleinsiedlungen am Meruberg entwickeln werden, so darf sich doch unserß Erachtens die Kolonialverwaltung nicht der Pflicht entziehen, in den gesunden Hoch-ländern in der Nähe der projektierten Eisenbahnen für Kleinsiedlungen geeignete Landstücke zu reservieren. Die Eingebornen und die Plantagenwirtschaft werden deswegen noch lange nicht zu kurz kommen.

In Sachen der Eisenbahnfrage hat sich Dernburg bis jetzt nur über Ost-afrika geäußert. Im allgemeinen will er ja, was sehr erfreulich ist, in seinen Forderungen nicht allzu bescheiden sein, denn endlich müssen wir doch in dieser Beziehung vorwärts kommen. Aber seine neuliche Erklärung wegen der ostafrikanischen Zentralbahn mutete doch etwas eigenartig an. Er hat in seinen frühern Kundgebungen, durch die er der wirtschaftlichen Bedeutung der Kolonten vor der öffentlichen Meinung Geltung verschaffte, stets die wirtschaftliche Seite der kolonialen Fragen betont. Um so mehr muß es auffallen, daß er auf einmal die Zentralbahn wegen angeblicher Aufständisgefahr für dringend erklärt. Wenn man sich auf diesen Standpunkt wird stellen wollen, so sind schließlich alle Kolonialbahnprojekte dringend, noch dringender als die Zentralbahn. Denn in Unyamweß, über dessen Bewohner Dernburg ja selbst bei seiner Rückkehr des Lobes voll war, ist sicherlich am wenigsten ein Aufstand zu befürchten. Dagegen sprechen dringende wirtschaftliche Gründe für einen baldigen Bau der ostafrikanischen „Südbahn“. Der Bau der Zentralbahn kann nebenher laufen. Dies ist ebenfalls die Meinung der Mehrzahl der alten Afrikaner:

Kurz und gut, es gibt eine ganze Reihe wichtiger und grundlegender Fragen auf kolonialem Gebiet, in denen zwischen dem Staatssekretär und unsern kolonialen Praktikern tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Symptomatisch für die Anschauungen Dernburgs ist die Auflösung des Kolonialrats. Nun braucht man zwar dieser Körperschaft in ihrer bisherigen Form keine Tränen nachzuweinen. Aber es wäre gerade bei der Neigung Dernburgs, seine junge koloniale Anschauung gegenüber der in langjähriger praktischer Arbeit gewonnenen Erfahrung durchzusetzen, sehr wünschenswert, daß der einflußlose Kolonialrat einen einflußreichern Ersatz fände. Ob man diesen „Sachverständigen-Kommissionen“ nennt oder anders, ist schließlich unwesentlich. Die Hauptsache ist, daß diesen Kommissionen ein gewisser, wenn vielleicht auch nur mittelbarer Einfluß gesichert wird, dergestalt, daß die Wahl ihrer Mitglieder nicht ausschließlich der Kolonialverwaltung überlassen wird, sondern, daß die kolonialen Körperschaften (Farmer- und Pflanzervereine usw.) ihre Vertreter entsenden können. Ferner müßte das Ergebnis der Verhandlungen in Form von Leitfäden der Volksvertretung offiziell unterbreitet werden, damit sich diese ein Urteil darüber bilden kann, wie man in Kreisen des kolonialen Erwerbslebens über die einzelnen Fragen denkt.

Denn schließlich darf nicht zugegeben werden, daß wichtige Lebensfragen der Kolonten von einem Manne allein entschieden werden, zumal wenn dieser fast durchweg andrer Ansicht ist als die meisten wirklichen Kolontalkenner. So sehr wir die tatenfrohe und zielbewußte Natur Dernburgs gerade für die kolonialen Angelegenheiten schätzen, so halten wir es doch für gefährlich, allein seinem Programm zu folgen. Unsere Kolonialpioniere draußen müssen schließlich am besten wissen, was den Kolonten frommt, und der Leiter der Kolonialverwaltung wird es verstehen müssen, seine sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen mit den Anschauungen derer in Einklang zu bringen, die die Sache am nächsten angeht. Hier dürfte wieder einmal der goldne Mittelweg der beste sein. Hauptsächlich wäre etwas mehr nationaler Egoismus vonnöten! R. W.

Aus japanischen Schulen. Ein englischer Offizier, P. W. North, der selbst an einer Schule in Tokio unterrichtet, hat dabei das Primär- und Sekundärschulwesen Japans eingehend studiert und legt seine Eindrücke in einem sehr lesenswerten Aufsatz von *The Nineteenth Century and after* nieder; sie gipfeln darin, daß die Engländer auch darin manches von ihren gelben Verbündeten lernen können. In den Primärschulen — Schulzwang vom sechsten bis zum zehnten Jahre; drei Jahre höhere Primärschule und Sekundärschule sind freiwillig — war der Engländer vor allem von der Ordnung und der Disziplin betroffen, die darin herrschten; dann fiel ihm die Kürze der jedem einzelnen Gegenstände gewidmeten Unterrichtsstunden und endlich der systematische Unterricht im Patriotismus und die militärische Erziehung auf, die hier schon mit den Knaben begonnen wird. Der Unterricht in den Primärschulen für Knaben dauert für die Ältern von neun bis drei, für die Jüngern von neun bis zwei Uhr; des Sonnabends ist nur halbe Schulzeit; der Sonntag ist ganz frei. Jede Unterrichtsstunde dauert nur fünfundvierzig Minuten, von elfdreiviertel bis ein Uhr ist Mittagessenszeit; die freien Viertelstunden werden im Hofe mit Marschieren und Spielen zugebracht, und für die Stunde rücken die Knaben in Reih und Glied ein. Im Schulzimmer bleiben die Schüler hinter ihren Pulten stehn, bis der Lehrer eingetreten ist und ein Zeichen gegeben hat; dann verneigen sich die Knaben vor dem Lehrer, er grüßt zurück, und man setzt sich zum Unterricht. Dieselbe Begrüßungszeremonie findet am Schluß der Stunde statt, worauf in Reih und Glied auf den Spielplatz marschiert wird. Selbstverständlich nimmt das Erlernen der chinesischen Schriftzeichen den größten Teil der Zeit in Anspruch. In den Primärschulen ist ein offizielles Regierungslesebuch eingeführt, das in mehreren Bänden nur die allergebräuchlichsten chinesischen Schriftzeichen enthält. In den ersten Bänden sind weniger und leichter faßliche Zeichen; die chinesischen Charaktere, die den Gegenstand selbst bezeichnen, sind hier in größerem Maßstabe durch ein Hilfsyllabar ersetzt, bei dem jeder Laut der japanischen Sprache durch eine Chiffre wiedergegeben ist. Nur Frauen, Kinder und wenig gebildete Leute benötigen dieses Syllabarium und ein andres etwas schwierigeres weiter; sonst gilt es nur als Hilfsmittel für die schwierigen chinesischen Schriftzeichen. Das Primärschullesebuch ist ganz besonders darauf eingerichtet, um die Tugenden der Loyalität gegen den Beherrscher Japans und Patriotismus zu lehren. Da das Singen auch eine große Rolle spielt, so sind fast sämtliche Schullieder patriotischen Inhalts; und so unmelodisch sie klingen, so sind sie doch voll von hohen, begeisterten vaterländischen Ideen. In der Regierungsvolksschule zu Nikko hörte Colonel North jeden Morgen ein damals entstandenes Lied, das die japanischen Seesiege verherrlicht. In der von 800 Knaben besuchten Mittelschule von Chiba hingen die vergrößerten Photographien sämtlicher in den Schlachten gefallen oder an Wunden gestorbenen frühern Schüler der Anstalt nebst der Uniform eines solchen, der sich als Offizier ganz besonders ausgezeichnet hatte und gefallen war. Sämtliche japanischen öffentlichen Schulen sind übrigens allen Ständen zugänglich; nur in Tokio ist eine höhere Schule für Knaben und Mädchen (Peers' School), zu deren Besuch Ernennung zum Schüler nötig ist. An der Spitze dieser Schule, deren Wichtigkeit dadurch illustriert wird, steht der berühmte General Nogi, der bei seinem Amtsantritt sofort gegen den Luxus einschritt und den vornehmen jungen Leuten, die sich dandymäßig gaben, ihre *hi-kara* (japanisiert aus High Collar, Stehkragen) = Frisur abschneiden ließ; sie müssen kurzgeschoren gehn. Bei den Mädchen der Peersesses' School, die die im japanischen „205 Meter hoch“ genannte Frisur tragen, machte General Nogi allerdings nicht diesen Versuch; da mag ihm sein berühmter Name doch zu lieb gewesen sein, als daß er ihn durch einen Stich in ein weib-

liches Wespennest hätte aufs Spiel setzen mögen. Am meisten imponiert hat dem Engländer als Offizier natürlich die militärische Erziehung, die in allen Primär- und Sekundärschulen Japans obligatorisch ist und je nach dem Grade der Schule differiert. Nur die Universitäten sind frei von dem militärischen Training. In der ersten Abteilung der Primärschule — sechstes bis zehntes Jahr — ist täglich außer Sonntags eine Stunde für körperliche Übungen und Marschieren in Reih und Glied bestimmt. In der höhern Abteilung der Primärschulen — elftes bis vollendetes dreizehntes Jahr — haben die Knaben schon Pseudogewehre zu ihren Übungen. In den Mittel- und den Normalschulen, in denen die Volksschullehrer ausgebildet werden, wird in Kompagnien exerziert, die Zusammensetzung und das Reinigen der von der Regierung gestellten Gewehre gelehrt und jeden Sonnabend ein dreistündiger Ausmarsch gemacht, wobei richtige Feldblenstübungen, Vorpostendienst, Angriff gegen markierte Feinde usw. stramm geübt werden; hier hat jeder Knabe schon sein eignes Gewehr älterer Konstruktion, Bajonett, Tornister und ganze Feldequipierung, sodaß die zukünftigen Soldaten auch im Tragen ausgebildet sind. Schießübungen sind nicht obligatorisch, aber doch kommen die Schüler fast regelmäßig zweimal im Jahre dazu. Die höhern Schulen führen die militärische Vorbildung noch gewissenhafter weiter, und der englische Offizier und Lehrer traf in den Ferien einmal mit einer Anzahl japanischer „Gymnasiasten“ zusammen, die in einer Stärke von mehr als fünfzig Mann nach einem Marsche von siebenundzwanzig Kilometern zu Schießübungen frisch und ohne einen einzigen schlapp gewordenen Kameraden angerückt kamen. Die ganze japanische Erziehung ist darauf angelegt, Selbstbeherrschung und Höflichkeit zu lehren und von der frühesten Jugend an den Gedanken einzufloßen, daß individuelle Interessen keine Rolle zu spielen haben.



# Odol

Das  
Mundwasser